**Deutscher Bundestag** **Drucksache 18/10716**

**18. Wahlperiode** 20.12.2016

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

# Beschlussempfehlung und Bericht

## des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Sevim Dagdelen, Wolfgang Gehrcke, Andrej Hunko, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**
**– Drucksache 18/10472 –**

## Türkei-Politik neu ausrichten

### A. Problem

Nach Auffassung der Antragsteller ist die bisherige Strategie der Bundesregierung und der Europäischen Union (EU) im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei gescheitert.

Auf die blutige Niederschlagung der Proteste im Gezi-Park in Istanbul im Jahr 2013, auf die zunehmende Einschränkung von Meinungs- und Pressefreiheit und auf die Wiederaufnahme des Krieges gegen die kurdische Bevölkerung hätten Bundesregierung und EU nicht mit dem nötigen Druck auf Staatspräsident Erdogan reagiert. Stattdessen seien die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Öffnung neuer Beitrittskapitel vorangetrieben und mit der Türkei die Erklärung EU-Türkei („Flüchtlingsdeal“) zum Umgang mit Flüchtlingen abgeschlossen worden. Diese Strategie habe lediglich zu einer Verschlechterung der Menschenrechtslage in der Türkei geführt. Dennoch halte die Bundesregierung an dem Flüchtlingsdeal fest, obwohl er die Visafreiheit mit der Flüchtlingsabschottung statt mit der Menschenrechtslage in der Türkei verbinde.

Der Bundestag soll sich dem Votum des Europäischen Parlamentes anschließen, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei einzufrieren.

Ferner soll er die Bundesregierung dazu auffordern, ihre Türkei-Politik neu ausrichten und dafür eine Reihe von Maßnahmen zu ergreifen:

- sich innerhalb der EU für das Einfrieren der Beitrittsverhandlungen sowie finanzieller Vorbeitrittshilfen von 630 Millionen Euro jährlich und gegen eine Erweiterung der Zollunion einsetzen;
- sich dafür einsetzen, den Flüchtlingsdeal mit der Türkei zu kündigen;
- die Vorgänge in der Türkei als Weg in die Diktatur verurteilen, sich für eine unabhängige Justiz einsetzen, die Zusammenarbeit mit den türkischen Geheimdiensten beenden;

- auf die Ausweisung aller türkischen Agenten hinwirken;
- die deutschen Waffen- und Rüstungsexporte umgehend stoppen;
- die Bundeswehrsoldaten aus der Türkei abziehen;
- sich dafür einsetzen, dass insbesondere aufgrund der Ankündigung Erdogans, die Todesstrafe wieder einzuführen, der Türkei das Recht auf Vertretung im Ministerrat des Europarates vorläufig abgesprochen wird, und damit den ersten Schritt zu einem möglichen Ausschluss gehen.

## B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

## C. Alternativen

Keine.

## D. Kosten

Keine.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

## Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 18/10472 abzulehnen.

Berlin, den 14. Dezember 2016

**Der Auswärtige Ausschuss**

**Dr. Norbert Röttgen**
Vorsitzender

**Jürgen Hardt**
Berichterstatter

**Michelle Müntefering**
Berichterstatterin

**Sevim Dagdelen**
Berichterstatterin

**Marieluise Beck (Bremen)**
Berichterstatterin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

## Bericht der Abgeordneten Jürgen Hardt, Michelle Müntefering, Sevim Dagdelen und Marieluise Beck (Bremen)

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/10472** in seiner 206. Sitzung am 1. Dezember 2016 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss und zur Mitberatung dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der Antragsteller ist die bisherige Strategie der Bundesregierung und der Europäischen Union (EU) im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei gescheitert.

Auf die blutige Niederschlagung der Proteste im Gezi-Park in Istanbul im Jahr 2013, auf die zunehmende Einschränkung von Meinungs- und Pressefreiheit und auf die Wiederaufnahme des Krieges gegen die kurdische Bevölkerung hätten Bundesregierung und EU nicht mit dem nötigen Druck auf Staatspräsident Erdogan reagiert. Stattdessen seien die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Öffnung neuer Beitrittskapitel vorangetrieben und mit der Türkei die Erklärung EU-Türkei („Flüchtlingsdeal“) zum Umgang mit Flüchtlingen abgeschlossen worden. Diese Strategie habe lediglich zu einer Verschlechterung der Menschenrechtslage in der Türkei geführt. Dennoch halte die Bundesregierung an dem Flüchtlingsdeal fest, obwohl er die Visafreiheit mit der Flüchtlingsabschottung statt mit der Menschenrechtslage in der Türkei verbinde.

Der Bundestag soll sich dem Votum des Europäischen Parlamentes anschließen, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei einzufrieren.

Ferner soll er die Bundesregierung dazu auffordern, ihre Türkei-Politik neu ausrichten und dafür eine Reihe von Maßnahmen zu ergreifen:

- sich innerhalb der EU für das Einfrieren der Beitrittsverhandlungen so-wie finanzieller Vorbeitrittshilfen von 630 Millionen Euro jährlich und gegen eine Erweiterung der Zollunion einsetzen;
- sich dafür einsetzen, den Flüchtlingsdeal mit der Türkei zu kündigen;
- die Vorgänge in der Türkei als Weg in die Diktatur verurteilen, sich für eine unabhängige Justiz einsetzen, die Zusammenarbeit mit den türkischen Geheimdiensten beenden;
- auf die Ausweisung aller türkischen Agenten hinwirken;
- die deutschen Waffen- und Rüstungsexporte umgehend stoppen;
- die Bundeswehrsoldaten aus der Türkei abziehen;
- sich dafür einsetzen, dass insbesondere aufgrund der Ankündigung Erdogans, die Todesstrafe wieder einzuführen, der Türkei das Recht auf Vertretung im Ministerrat des Europarates vorläufig abgesprochen wird, und damit den ersten Schritt zu einem möglichen Ausschluss gehen.

### III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 18/10472 in seiner 76. Sitzung am 14. Dezember 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

## IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/10472 in seiner 85. Sitzung am 14. Dezember 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 14. Dezember 2016

**Jürgen Hardt**
Berichterstatter

**Michelle Müntefering**
Berichterstatterin

**Sevim Dagdelen**
Berichterstatterin

**Marieluise Beck (Bremen)**
Berichterstatterin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.